



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

44. Sitzung (öffentlich)

31. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600, 14/5200 (Ergänzung)

Vorlagen 14/1220, 14/1321
Zuschrift 14/1138

- **Fortsetzung der Einzelberatung** der Haushaltsansätze in Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**2 Gesetz zur Regelung der Berufsanerkennung EU- und
Drittstaatenangehöriger für den Bereich der nichtakademischen
Heilberufe und zur Änderung anderer Gesetze und Verordnungen 11**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4324

Vorlage 14/1398

Stellungnahmen 14/1458, 14/1467, 14/1468, 14/1472, 14/1489, 14/1498,
14/1499 14/1531, 14/1532

Zuschriften 14/943, 14/944, 14/1301, 14/1146, 14/1133, 14/1139

Information 14/545

Ausschussprotokoll 14/496

- Aussprache zur öffentlichen Anhörung vom 10. Oktober 2007
- abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschluss-
empfehlung an das Plenum

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen den Änderungsantrag der Fraktion der SPD ab, Art. 1 Nr. 1 ersatzlos zu streichen.

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen ab.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der Grünen Ziffer 1 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen Ziffer 2 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen Ziffer 3 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Grünen Ziffer 4 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen die von der SPD-Fraktion in ihrem Änderungsantrag vorgeschlagene Einfügung des Satzes „Kinder und Jugendliche sind vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen“ ab.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen Ziffer 5 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen an.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/4324 unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Änderungsanträge an.

3 Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits- und technischen Gefahrenschutzes und Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes

17

Vorlage 14/1291

– Anhörung des Ausschusses

Die Anhörung des AGS-Ausschusses zu der neuen Rechtsverordnung gemäß Vorlage 14/1291 ist erfolgt.

4 Gesetz zur Auflösung des Landesversicherungsamtes Nordrhein-Westfalen

18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4987

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum am 7. November 2007 durchzuführen.

5 Schulden durch Energiekosten – Energiesparen muss allen möglich sein 20

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4474

6 Privatsphäre von Verbraucherinnen und Verbrauchern schützen – Bundesratsinitiative für ein Verbot von Telefonwerbung! 21

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5020

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, diesen Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz weiterzuleiten.

7 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JStVollzG NRW) 23

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4236

Vorlage 14/1270

Stellungnahmen 14/1214, 14/1376, 14/1430, 14/1437, 14/1438, 14/1439,
14/1446, 14/1448, 14/1449

Ausschussprotokoll 14/489

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der Grünen Drucksache 14/4236 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

8 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4486 ohne Votum an den federführenden Hauptausschuss weiterzuleiten.

9 Kinderarmut bekämpfen – Kinderarmut verhindern 26

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4473

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/4473 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

10 Die Regelschule ist der erste Förderort – Gemeinsamen Unterricht gewährleisten 31

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4860

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/4860 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

11 Verschiedenes 33

**7 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen
(Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JStVollzG NRW)**

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4236

Vorlage 14/1270

Stellungnahmen 14/1214, 14/1376, 14/1430, 14/1437, 14/1438, 14/1439,
14/1446, 14/1448, 14/1449

Ausschussprotokoll 14/489

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, der federführende Rechtsausschuss habe am 12. September 2007 Sachverständige in öffentlicher Sitzung zu diesem Gesetzentwurf und dem der Landesregierung Drucksache 14/4412 sowie zu Fraktionsanträgen gehört und beabsichtige, an diesem Nachmittag seine Beratungen in eine Beschlussempfehlung an das Plenum münden zu lassen.

Der Vorsitzende sieht es als Fehler an, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung lediglich an den Rechtsausschuss überwiesen worden sei, der damit über zwei Gesetzentwürfe berate, nicht aber an den AGS-Ausschuss.

Barbara Steffens (GRÜNE) hält als ein Ergebnis der Anhörung fest, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung als nicht tragfähig angesehen werde, während der Gesetzentwurf der Fraktion der Grünen den Anliegen der Expertinnen und Experten Rechnung trage, viele Probleme löse und Regelungslücken schließe. Der Ausschuss sollte daher im Sinne des Jugendschutzes und der Rehabilitation der Jugendlichen ein positives Votum zum Gesetzentwurf der Grünen-Fraktion abgeben.

Seine Fraktion, so **Olaf Lehne (CDU)**, halte den Gesetzentwurf der Landesregierung für besser und realistischer als den Gesetzentwurf der Grünen, der weit über das Ziel hinausschieße, das Anhörungsergebnis nicht widerspiegele und daher abgelehnt werde.

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der Grünen Drucksache 14/4236 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

